

Petition der Kirchen für Familie Salame / Siala – Interview mit Superintendent Aßmann

Der evangelische Kirchenkreis Hildesheim-Sarstedt und das katholische Dekanat Hildesheim sorgen sich um das Schicksal der Familie von Gazale Salame und Ahmed Siala sowie ihrer vier Kinder.

Deshalb haben sie sich an den Petitionsausschuss des niedersächsischen Landtags gewandt und fordern, der Familie Salame/Siala ein Zusammenleben in Deutschland zu erlauben

Zum Hintergrund:

Gazale Salame wurde, im dritten Monat schwanger, zusammen mit der anderthalbjährigen Tochter Schams im Februar 2005 in die Türkei abgeschoben, während ihr Mann Ahmed Siala die beiden älteren Mädchen in die Schule brachte. Seither lebt die Familie zwangsweise getrennt.

Gazale Salame lebt mit den beiden kleinen Kindern in Izmir – Ihr Mann Ahmed noch im Landkreis Hildesheim. Gegen seinen Ausweisungsbeschluss ist noch Revision möglich.

Frau Salame und Ihr Mann sind als Kinder im Alter von sechs bzw. sieben Jahren mit ihren Eltern als arabischsprachige Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon geflohen und in Deutschland aufgewachsen.

Der Grund ihrer Ausweisung: ihre jeweiligen Eltern sollen bei ihrer Einreise verschwiegen haben, dass ihre Vorfahren möglicherweise aus der Türkei stammen und so als Flüchtlinge mit Anspruch auf die türkische Staatsbürgerschaft zu Unrecht ein Bleiberecht erhalten haben.

Und gerade in diesem Fall erscheint der Verdacht naheliegend, dass Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann ein Exempel statuieren möchte.

Gegen die Unmenschlichkeit der nun fast dreijährigen Trennung der Familie und der Schicksale von Gazale Salame, ihres Mannes Ahmed Siala und der Kinder protestiert die Kirche in Hildesheim.

Am Telefon ist der evangelische Superintendent des Kirchenkreises Hildesheim-Sarstedt, Helmut Aßmann. Herr Aßmann, wie schätzen Sie aus kirchlicher Sicht die Lage von Frau Saleme ein?

Helmut Aßmann: Da gibt es es gar keine besondere kirchliche Sicht, sondern es ist eher eine Menschliche. Sie müssen sich nur vorstellen, am 10. Februar 2005 ist sie schwanger abgeschoben worden. Und seitdem lebt sie in einem Land, in einem Umfeld, das ihr an Lebensunterstützung wenig zukommen lassen kann, von ihrem Mann und zwei anderen Kindern getrennt. Das zehrt an der menschlichen, an der geistigen, an der psychischen Substanz. Und das ist auf Dauer, nun jährt sich das fast zum dritten Mal, menschlich einfach nicht hinzunehmen. Und deswegen auch unser Hinweis jetzt, wo wir auf dieses tragische Jubiläum zugehen, uns noch einmal zu Wort zu melden.

Warum erst jetzt Ihr Protest in dieser Weise?

Nun, das liegt daran, weil zu diesem Zeitpunkt alle rechtlichen Mittel, die wir haben, die wir auch von kirchlicher Seite durchaus begleitet haben, ausgeschöpft sind. Nachdem das Verwaltungsgericht in Lüneburg nochmals die Aufenthaltsbefugnis von Herrn Siala abgelehnt hat, ausdrücklich aber Revision zugelassen hat, geht nun dieses unselige Verfahren in die nächste Runde, die abzusehenderweise rund ein Jahr Bearbeitungszeit braucht. Und jetzt gibt es keine anderen mehr als kreative, humanitäre orientierte und auch politisch orientierte Argumente. Rechtlich ist alles ausgeschöpft, da kann man nichts machen.

Petition der Kirchen für Familie Salame / Siala – Interview mit Superintendent Aßmann

Der Innenminister des Landes Niedersachsen möchte, so meint man, wohl auch ein Exempel statuieren. Denn er hat ja deutlich auf die Ausländerbehörde im Landkreis Hildesheim eingewirkt, keine Ermessensspielräume zuzulassen. Wenn Sie jetzt Einfluss nehmen wollen, wäre da nicht die „Stille Diplomatie“ wirksamer als deutlicher Protest?

Die „Stille Diplomatie“ hat es ja lange Zeit gegeben. Allein die Einrichtung der Härtefallkommission und das Vorbringen auch dieses Falles, die Gesprächskontakte, die wir unter der Hand auch über unsere Landeskirche gepflegt haben, all das ist ja gelaufen, hat aber nichts gefruchtet. Insofern ist auch die „Stille Diplomatie“ an ihr Ende gekommen. Wir haben derzeit Stillstand der Rechtspflege und „Stille Diplomatie“ würde immer bedeuten, dass wir jemanden haben, der sich derzeit bereit fände, ein eigenes politisches Risiko auf sich zu nehmen. Und das sehe ich zurzeit nicht.

Sie haben eine Petition veröffentlicht, zusammen mit ihrem katholischen Partner, Domkapitular und Stadtdechant Wolfgang Osthaus. Was sagen Sie denn dem Innenminister Uwe Schünemann?

Wir fordern, dass er, zusammen mit den Verantwortlichen, sich eine politische Lösung überlegt, also eine nicht an der derzeitigen Rechtsprechung orientierte, um aus humanitären Gründen, wenigstens vorübergehend, Gasale Salame zu erlauben, mit ihrer Familie wieder zusammenzukommen. Und zwar hier in Deutschland. Das ist der Punkt, auf den wir ganz konkret einwirken möchten und ihn dazu veranlassen, sich diesbezüglich etwas einfallen zu lassen, ohne das derzeitig schwebende Rechtsprechungsverfahren auf diese Weise zu trimmen.

Nun ist ja demnächst Wahl. Manch einer trifft diese mit Blick auf das Verhalten der agierenden Amtsträger. Und ich will einmal ein wenig religiös nachfragen, wenn ich Matthäus 7, Vers 16 zitiere. Da sagt Jesus von Nazareth: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Was sagen Sie christlich orientierten Wählern, die angesichts des Verhaltens eines CDU-Innenminister über eine Wahlentscheidung nachdenken?

Der Satz Jesu „An den Früchten sollt ihr sie erkennen... „ gilt in der Tat für alle, die handeln. Auch für solche, die darüber Bericht führen und für solche, die meinen, sich in der Öffentlichkeit zu Wort melden zu sollen. Das gilt für uns alle. In diesem Falle, als Politiker, hat man ja immer nicht nur mit Einzelfällen zu tun, sondern muss allgemein verbindliche, rechtsfähige und auch öffentlich einigermaßen tragbare Entscheidungen fällen. In diesem Falle, was Gazale Salame angeht, haben wir und deswegen melden wir uns auch als Kirchen zu Wort, einen Fall vor uns, wo ganz offenkundig gegen elementare Grundsätze, zumal auch christlich demokratischer Politik in der Hochschätzung der Familie verstoßen wird. Und zwar so, dass nicht eine klare Entscheidung herbeigeführt wird, sondern eine Hängepartie, in der drei Jahre lang auf Kosten einer Familie, menschliches Kapital geopfert wird. Das ist nicht hinzunehmen. Und an diesen Früchten gemessen, ist die Entscheidung fatal. Ich will mich nicht dazu erkuhen, zu sagen, alle Entscheidungen, die die Ausländerbehörde betrifft, müssen immer nur den Betroffenen zu Gute kommen. Es müssen Entscheidungen kommen, die lebensfähige Perspektiven eröffnen. Und genau dies wird hier systematisch unterbunden. Angefangen von der Anweisung des Innenministeriums an den Landkreis, Berufung einzulegen bis hin zu der Verschleppung eines Urteils in Lüneburg. Das halte ich für menschlich, geistlich und christlich fatal. Insofern – von dieser Frucht wird nur Unglück geerntet. Und das Ergebnis wird sein, dass man diesen Fall kaum ohne größere Schäden zu Ende bringt, wenn nicht endlich zu einer zügigen und menschenverträglichen Perspektive gekommen wird.

Länge 6:36